

STANDPUNKTE • WIE GEHT ES IHNEN HEUTE? ELEKTROSENSIBILITÄT ALS NEUE VOLKSKRANKHEIT

Posted on 21. September 2019

Ein Standpunkt von Lukas Müller.

Überraschung bei einem Vorstellungsgespräch in einem „smart Büro“

„Wie geht es Ihnen eigentlich? Sie fühlen sich seit längerem nicht mehr so, wie Sie es von früher kannten? ... Sie sind eigentlich immer angespannt, ruhelos, gleichzeitig immer erschöpft, antriebsarm? Sie schlafen nicht mehr so tief und erholsam, haben an vielem die Freude verloren?Sie haben ständig Kopfschmerzen? Eventuell fühlen Sie sich schon völlig ausgebrannt...?“

So beginnt der Flyer eines Vereins für Elektrosensible, den ich beim Vorstellungsgespräch auf den Tisch lege. Ich hatte gerade ein sehr gutes Gespräch für eine neue Stelle. Seit Monaten bin ich ohne Festanstellung. Ich hatte bei meiner letzten Stelle die Kündigung erhalten, nachdem auch dieses Unternehmen, wie bald alle, mit WLAN „ausgeleuchtet“ worden war. Man wollte schließlich „modern“ sein. Selbst ein ärztliches Attest hilft in Deutschland nicht, einen Arbeitsplatz mit weniger Funkbelastung zu erhalten. Wie in vielen mir bekannten Fällen endet die Funkbelastung am Arbeitsplatz für Sensible in der Arbeitslosigkeit. Und das, wo doch Fachpersonal gesucht wird!?

Nun habe ich also endlich Aussicht auf eine neue Stelle, von der Qualifikation passt es perfekt. Aber dann die Frage nach WLAN und die Antwort: „*Sehen Sie hier Kabel*“? Das ganze Haus wurde und wird „smart“ umgestaltet. Ich weise auf die Schäden durch Funk hin und lege Flyer zur Information auf den Tisch.

Interessiert greifen beide Gesprächspartner danach. Der Fachverantwortliche sagt: „*Ich halte viel aus, aber DAS haut mich nun um. Selbst die Arbeitssicherheit hat uns nicht aufgeklärt*“. Als ich mit der Personalleiterin im Fahrstuhl zum Ausgang fahre, fallen mir ihre flache Atmung und ihr blasses Gesicht auf. Sie war sichtlich schockiert, zu erfahren, wie schädlich Funk ist und dass es wirklich Menschen gibt, die wegen Funkbelastung am Arbeitsplatz trotz hervorragender Qualifikation arbeitslos bleiben müssen.

Abschaffung der Elektrosensibilität durch die WHO

Dass die Funkbelastung schädlich ist und es Menschen gibt, die auf Funk so sensibel reagieren, dass sie nicht in funkbelasteten Räumen arbeiten können, glauben viele nicht. Dabei war beides zu DDR-Zeiten

noch bekannt. [Die Verbraucherorganisation diagnose.funk schreibt](#): „NVA-Untersuchung von 1967 an Funkern. Elektrosensibilität war Stand des Wissens. Eine Untersuchung der NVA (Nationale Volksarmee der ehem. DDR) an Funkern zeigt, welche Auswirkungen die Strahlung auf den Organismus hat. Die Funker wurden elektrohypersensibel (1).

Ende Oktober 2004 fand in Prag der “WHO workshop on Electrical Hypersensitivity” statt. Im [“Working group meeting” Report](#) steht:

Die Patienten haben echte Symptome, von denen einige auf EMF (Elektromagnetische Felder) zurückzuführen sind, es gibt jedoch keine wissenschaftlichen Beweise für einen kausalen Zusammenhang, daher gibt es keinen Grund, IEI als diagnostische Klassifizierung für den Behindertenstatus zu verwenden(2). (IEI steht für Idiopathische Umweltunverträglichkeit, durch elektromagnetische Felder verursachte Symptome).

Damit wurde die Elektrosensibilität sozusagen abgeschafft, man empfahl sogar, elektrosensible Menschen psychisch zu behandeln. Daraus resultiert bis heute die Meinung, diese Menschen seien Spinner.

Das „ICNIRP-Kartell“ verhindert schützende Grenzwerte

Obwohl schon vor mehr als 30 Jahren viele Ärzte-Appelle das „Mikrowellensyndrom“ schilderten, wurden diese, genauso wie viele internationale Umweltärzte, die 2015 in Brüssel vor den weitreichenden Folgen von Funkbelastung warnten, nicht ernst genommen. Man hatte unsere Luft versteigert.

Um sicher zu stellen, dass der Mobilfunk-Ausbau nicht behindert wird, wurde 1989 das „Gesetz über die Errichtung eines Bundesamtes für Strahlenschutz“ erlassen, in dem in §3 beschrieben ist, dass die Fachaufsicht das „Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit“ hat.

Die Regierung bestimmt also über das BfS. Das BfS stützt sich auf Leitlinien der *“Internationalen Kommission zum Schutz vor nichtionisierender Strahlung”* (ICNIRP). Diese Einrichtung hat aber ebenfalls, wie inzwischen offen gelegt, Verbindungen zur Industrie. Damit entstand eine engmaschige Verflechtung von Mobilfunklobby, Politikern, Gremien und Behörden. Schnell merkten Bürger, die sich gegen die Zwangsbestrahlung wehren wollten, dass sie nirgendwo eine Chance haben, gehört zu werden.

Die Grenzwerte, die bei uns viel höher liegen, als in anderen Ländern, und, wie im EMF-Call erwähnt, nur die Industrie schützen, wurden in allen Fällen als Argument für die Ablehnung von Klagen und Beschwerden angeführt. [Die Grenzwerte?](#)(3) [Inzwischen weiß man, dass sie „scheinwissenschaftlich legitimiert“ sind](#) und mit Gesundheitsschutz rein überhaupt nichts zu tun haben (4). Anfang 2019 recherchierte Investigate Europe, dass die Mitglieder der ICNIRP mit der WHO und der Industrie verflochten sind ([„Das ICNIRP-Kartell“](#) (5)), was erklärt, weshalb die Grenzwerte nicht geändert werden und weshalb man international anerkannten Wissenschaftlern und Ärzten die Kompetenz abspricht. Eine interaktive Karte im Netz zeigt die Verflechtung der Mitglieder zu anderen Institutionen. Zusammengestellt von Investigate Europe.

Zunehmende Krankheitsfälle lähmen die deutsche Wirtschaft

Täglich wächst der Leidensdruck derer, die elektrosensibel reagieren. Häufig sind es Menschen mit sehr genauer Wahrnehmung, aufmerksame, intelligente Menschen, darunter Professoren, Ärzte, Lehrer, Techniker, Polizisten. Sie leiden unter der Funkstrahlung, die zu oxidativem Stress und zur Zerstörung der Zellen, somit letztendlich, wie längst wissenschaftlich bewiesen, unausweichlich zu Burn Out, Demenz, Entzündungen, Allergien und sonstigen Krankheiten oder Krebs führt. Aber auch Menschen, die nicht sofort spüren, was Funk verursacht, leiden. Seit 2013 wird offensichtlich keine Krebsstatistik mehr veröffentlicht. Kinder verlieren frühzeitig ihre Mutter, weil sie an Krebs stirbt. Menschen mit Burn Out und Depression nehmen sich das Leben. Alzheimer und Demenz nehmen zu, nicht erst im hohen Alter.

Die Kosten hierfür und der Produktivitätsausfall sind immens. Sehr viele Menschen werden falsch behandelt, weil Elektrosensibilität nicht bekannt ist bzw. nicht existieren darf. Statt dass die Ärzte darauf hinweisen, dass zuerst einmal WLAN und DECT eliminiert oder zumindest verringert und bei Nicht-Nutzung abgeschaltet werden müssten, wird die Pharmaindustrie subventioniert und Schlaftabletten, Kopfschmerztabletten oder Antidepressiva werden verschrieben - genau, wie es damals von der WHO angeordnet wurde. Aber auf Dauer kann der Sozialstaat das nicht stemmen.

Keine Versicherung versichert Schäden durch Mobilfunkstrahlung. Seit Jahrzehnten ist für die

Versicherungen eindeutig, dass die Schäden unabsehbar groß sein werden. Laufend steigende Krebsfälle, Demenz, Burn Out, Depression - wer soll das bezahlen?

Verfassungsbeschwerde wird August 2019 nicht angenommen

Pfingsten 2019 beschließt deshalb eine deutschlandweit verteilte Gruppe Elektrosensibler, Verfassungsbeschwerde einzureichen, um ihre Grundrechte einzufordern. Dadurch, dass die Regierung Elektro-Hypersensibilität sozusagen abgeschafft hat, haben diese Menschen keine Rechte mehr. Die lückenlose und sinnlos hohe Zwangsbestrahlung an allen Orten führt dazu, dass die Selbstbestimmtheit vollständig verloren gegangen ist. Niemand kann mehr selbstbestimmt auf seine Gesundheit achten. WLAN-Sender der Nachbarn reichen durch viele Wohnungen. Demokratie und Grundrechte sind an die Mobilfunk-Industrie verkauft worden. Ein Mensch hat keine Rechte, wenn er sich gegen die Bestrahlung wehren möchte oder muss.

Das Projekt war aufwändig, denn eine Person vom „IZGMF, die sich „Spatenpauli“ nennt (weil er sich über Kritiker lustig macht auch „Spion der Telekom“ genannt) hat offensichtlich viel Freude daran, Mobilfunk-Kritiker in seinem Forum zu degradieren. Die Erstellung der Verfassungsbeschwerde durfte also nicht öffentlich werden, gleichzeitig galt es, viele Beteiligte einzubinden.

Eine Person, welche sich um eine Gruppe Elektrosensibler kümmert, schrieb in dem nicht öffentlichen Teil (Auszug):

„Monatlich gehen so bei uns ca. 30-50 Anrufe ein, aus ganz Deutschland. Die Anzahl nimmt stetig zu, die Anfragen haben immer häufiger auch den Charakter einer großen Dringlichkeit. Zum Teil handelt es sich um wirkliche Hilferufe, um Anrufer mit sehr großem Leidensdruck.

Berichtet wird, dass die durch den Mobilfunk hervorgerufenen gesundheitlichen Auswirkungen z.T. massiv die Lebensqualität beeinträchtigen. Oftmals geschildert werden z.B. Schmerzen (Kopfschmerzen, Gelenkschmerzen, Muskelschmerzen), Schlaflosigkeit, völlige Erschöpfung, Druckgefühl im Kopf, Ohrrauschen, Tinnitus, Schwindel mit Orientierungsverlust, Herzrhythmusstörungen, Blutdruck-Entgleisungen, Vibrieren des ganzen Körpers usw.

Dass die Beschwerden durch Mobilfunk hervorgerufen werden, wissen die Betroffenen, weil diese in funkarmer Umgebung bzw. in einem Funkloch wie z.B. im Wald oder in der Natur völlig verschwinden.

Bemerkenswert ist auch, dass immer häufiger Angehörige oder Freunde von Betroffenen anrufen, die helfen wollen und um Rat fragen, weil die Elektrosensiblen bereits in einer existenzbedrohenden Notsituation sind. Zunehmend geht es auch um Konflikte am Arbeitsplatz, wegen der dort vorliegenden Hochfrequenzbelastung durch WLAN-Router, Smartphone-nutzende Kollegen oder auch Sendemasten in der Nähe. Berichtet wird auch von arbeitsrechtlichen Konsequenzen, von Krankschreibungen und Arbeitsunfähigkeit wegen Mobilfunkbelastung am Arbeitsplatz bis hin zum Kampf um die Erwerbsminderungs- oder Berufsunfähigkeitsrente, da das Krankheitsbild Elektrohypersensibilität (EHS) nicht anerkannt wird und somit auch kein Anspruch auf einen gesundheitsverträglichen funkfreien Arbeitsplatz besteht.

Aufgrund der Nichtanerkennung der Erkrankung geraten viele Elektrosensible in eine Endlosschleife ihres Leidenswegs. Betroffene ohne Unterstützung erleben nicht selten eine existenzielle Bedrohung durch Arbeitsplatzverlust und Wohnungsverlust, bis hin zur sozialen Isolation“.

Das Verfassungsgericht antwortete, die Gruppe hätte erst bei einem untergeordneten Gericht gegen die Grenzwerte klagen müssen.

Mit Einführung von Mobilfunk sind Demokratie und Grundrechte auf der Strecke geblieben

Für die Betroffenen und alle Menschen, die das mitbekommen haben, ist es ein überdeutliches Signal: Grundrechte lassen sich in einer von der Mobilfunk-Industrie beherrschten Welt nicht mehr einklagen. Auch die Demokratie wird scheinbar von der Politik leichtfertig aufgegeben, denn Bürger haben, wie viele Fälle zeigen, kein Mitspracherecht, wenn es um Mobilfunk-Vorhaben geht. [Briefe von leidenden Bürgern dagegen werden mit Killerphrasen beantwortet](#) (6). Ein Gesetz zum Einbau von Smartmetern wird erlassen. Niemand kann sich mehr gegen Funk und Datenabzug wehren, die Privatsphäre ist verletzt. Das verstößt gegen das Datenschutzgesetz und gegen das Grundgesetz. Freies WLAN, somit schädliche Strahlung an allen öffentlichen Orten, wird finanziell gefördert. Niemand kann dem mehr entkommen. Das erscheint vielen nicht demokratisch, sondern diktatorisch.

Weltweite Warnungen werden ignoriert

Zahlreiche Menschen, meist mittleren Alters, die sich noch daran erinnern, wie es sich anfühlte, ohne Kopfweg, Schlafstörungen, Gelenkschmerzen, Erschöpfung und Krebs zu leben, haben sich deshalb zusammengeschlossen. Sie alle kämpfen darum, ihr Leben und insbesondere ihre Selbstbestimmung zurück zu bekommen. Unterstützt werden sie von etwa 140.000 Unterzeichnern aus 206 Nationen des „[INTERNATIONAL APPEAL Stop 5G on Earth and in Space](#)“ (7).

Doch keiner der politisch Verantwortlichen reagiert. In diesem Appell steht schon in der Einleitung "Der Einsatz von 5G stellt ein Experiment zur Menschlichkeit und Umwelt dar, das als völkerrechtliches Verbrechen definiert ist.". Dass das größte Verbrechen nach internationalem Recht - erläutert im 5G-Appell - bisher mit keinem Mittel aufzuhalten ist, lässt annehmen, wie gefangen die Politik zu sein scheint.

Immer mehr Bürger schreiben Briefe an das „Gewissen der Nation“

Was nun? Am 9.9.2019 schickten unzählige Mitglieder der Bürgerinitiativen, die sich unter der Initiative www.gegen5g.de zusammengefunden haben, per Briefpost einen sehr persönlichen Brief an Bundespräsident Steinmeier. Ziel sollte sein, sichtbar zu werden und zu zeigen, dass es sehr viele Elektrohypersensible gibt, dass ihre Nöte sehr groß sind, dass sie eine Zukunft haben möchten, und dass sie zusammenhalten. Jeder Brief ist individuell, aus vielen Briefen klingen sehr viel Sorge, Verzweiflung, Wut, Angst, Hilferufe.

In einem Brief steht z.B.:

„Ich habe den Eindruck, dass die Mehrheit der Bevölkerung und auch der agierenden Politiker sowie die Leitmedien nicht oder nicht ausreichend über die Risiken und Gefahren dieser neuen Technologie informiert sind. Ich bin fassungslos über die Form und die Geschwindigkeit, mit der 5G durchgepeitscht wird, ohne dass im Vorfeld eine Risikoabwägung und eine Information der Bevölkerung stattgefunden hätte.

Dies widerspricht unserem Grundgesetz §§ 2 Abs. 2 und § 20a, dem Bundes-Immissionsschutzgesetz §5, dem Vertrag über die Arbeitsweise der EU und weiteren Gesetzen! Haben wir und unsere Vertreter in der Legislative und

Exekutive nichts gelernt aus den Gefahren der Atomkraft, die wir in keinster Weise im Griff haben?“ und weiter „5G widerspricht nicht nur unserem Grundgesetz, der UN-Kinderrechtskonvention, dem Nürnberger Kodex von 1947, dem Vertrag über die Grundsätze zur Regelung der Tätigkeiten von Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper von 1967 sowie vielen weiteren Vereinbarungen, sondern auch der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948: „Jeder hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person.“ (Art. 3),

Hunderte Bürger versuchen also den Verantwortlichen ins Gewissen zu schreiben, nicht nur die Elektrosensiblen, für die schon heute kein normales Leben mehr in diesem Land möglich ist - einige haben sich bereits das Leben genommen. Vielleicht sind auch SIE morgen betroffen!?

Es ist nötig, dass es einer der Verantwortlichen wagt, zuzugeben, dass man einen ganz großen Fehler gemacht hat, der nie wieder gut zu machen ist, denn alle Lebewesen und auch die Pflanzen nehmen nachweislich Schaden durch Mobilfunk-Strahlung. Es muss viel mehr Druck auf die Politik ausgeübt werden, und deshalb sollten sich noch viel mehr Menschen in Bürgerinitiativen organisieren, ihre Mitmenschen über die Schädlichkeit von Mobilfunk-Strahlung aufklären und erläutern, wieso das digitale Zeitalter in der Form, in der es geplant ist, endgültig das Ende von Demokratie und Grundrechten bedeutet und am Ende auch unsere Lebensgrundlagen zerstört.

Lukas Müller (Name von der Redaktion auf Wunsch d. A. geändert) ist Mitglied bei einem Verein für Elektrosensible.

[Am Sonntag, dem 22. September ab 13:00 Uhr, findet die überregionale Demonstration und Kundgebung in Berlin, am Platz der Republik 1 statt.](#)

Bildquelle: / Shutterstock

Quellen:

1. <https://www.diagnose-funk.org/publikationen/artikel/detail?newsid=1419>

2. International Scientific Declaration on EHS & MCS, Prag 2004,
http://ehs-mcs.org/fichiers/1441982143_Statement_EN_DEFINITIF.pdf
3. <https://www.emfcall.org/>
4. <https://www.diagnose-funk.org/publikationen/artikel/detail?newsid=1163>
5. <https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/mobilfunk-ein-internationales-forscherteam-kommt-zu-bunruhigenden-ergebnissen/23852384-2.html>
6. Antworten auf Mobilfunk-Killerphrasen. diagnose:funk analysiert Industrieargumente. Siehe
<https://www.diagnose-funk.org/publikationen/artikel/detail?newsid=1446>
7. <https://www.5gspaceappeal.org/the-appeal>

+++

Danke an den Autor für das Recht zur Veröffentlichung des Beitrags.

+++

KenFM bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Meinungsartikel und Gastbeiträge müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.

+++

Dir gefällt unser Programm? Informationen zu Unterstützungsmöglichkeiten hier: <https://kenfm.de/support/kenfm-unterstuetzen/>

+++

Jetzt kannst Du uns auch mit Bitcoins unterstützen.



BitCoin Adresse: 18FpEnH1Dh83GXXGpRNqSoW5TL1z1PZgZK